Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 4

Artikel: Sozialdemokratie als Kunst des Möglichen
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347530

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Richard Lienhard

Sozialdemokratie als Kunst des Möglichen

In unserer Zeitschrift erschienen kürzlich zwei Beiträge, die besonders geeignet sind, zu einer grundsätzlichen Diskussion anzuregen. Ich meine den Aufsatz von Georg Bretscher über «Information statt Konfrontation»[1] sowie Tony Tschudis Stellungnahme zu Fritz Vilmars Werk «Strategien der Demokratisierung»[2]. Mit diesen Themen haben unsere Mitarbeiter zahlreiche Fragen aufgeworfen, die zum zentralen Anliegen auch der schweizerischen Sozialdemokratie gehören. Darauf soll im folgenden kurz eingegangen werden.

Nur ein Generationenkonflikt?

Georges Bretscher beschrieb in seinem Beitrag die innerhalb der Sozialdemokratie bekannte Konfliktsituation, wie sie durch die Konfrontation von zwei Gruppierungen zu entstehen pflegt: auf der einen Seite radikal gesinnte Genossen – vorwiegend jüngere Akademiker – und auf der anderen Seite die eher zum Pragmatismus neigenden älteren Parteimitglieder. Diese zwei Gruppierungen beschränken sich keineswegs etwa nur auf die Stadt Zürich, wie ein Kritiker unserer Zeitschrift kürzlich irrtümlicherweise annahm. Sie treten vielmehr gerade an Parteitagen der SPS besonders deutlich in Erscheinung. Wir haben insbesondere den Parteikongress 1976 in Montreux noch nicht vergessen.

Wie soll, so fragt nun Georges Bretscher, diese «für die Arbeiterbewegung schädlich Konfliktsituation» angegangen und überwunden werden? Er sieht – stichwortartig zusammengefasst – die Therapie etwa in folgenden Programmpunkten: Vorurteile abbauen, Toleranz üben, Bereitschaft zum gegenseitigen Gespräch fördern.

Bretscher ist im wesentlichen zuzustimmen. Es dient der Partei mehr, wenn selbstkritisch den Ursachen bestimmter Konfliktsituationen und parteiinterner Spannungen nachgegangen wird, als wenn man versucht, solche Konflikte einfach zu verdrängen oder zu übertünchen. Die einzige Frage, die sich mir stellt, ist die: Lässt sich das Problem einfach auf einen «Generationenkonflikt» reduzieren? Und da glaube ich, dass man hier doch eine Dimension tiefer schürfen muss.

---

[1] vgl. «Profil» 2/78
[2] vgl. «Profil» 3/78

Es ist ein auffallendes Zeichen unserer Zeit, dass ein Teil insbesondere der akademischen Jugend einen ausgesprochenen Hang zur Ideologie zeigt. Dies wäre an sich noch kein Übel; aber häufig genug verbindet sich damit ein gestörtes Verhältnis zur Realität. Allzu gerne interpretieren solche Ideologiegläubige ihre Theorie in die Wirklichkeit hinein. Die Theorie tritt an die Stelle der Welt. So wird die Ideologie zur Ersatzwelt. Verfechter einer so wirklichkeitsfremden Ideologie neigen in der Regel zu revolutionärer Unruhe; denn es fehlt ihnen die Kraft und der lange Atem, das mühselige Werk der Evolution durchzustehen. Ein weiteres Merkmal zeichnet die Anhänger solcher Ideologie aus: sie besitzen ein elitäres Bewusstsein. Sie allein sind im Besitz der Heilslehre. Sie geben zwar vor, gegen Unterdrückung zu kämpfen, sind aber rasch bereit, Andersdenkende zu unterdrücken. Wer nicht für sie ist, ist gegen sie. Für Toleranz bleibt da kein Raum.

Was Wunder, dass solche Kräfte auf dem Boden der Sozialdemokratie rasch in Konflikt geraten müssen; denn die Sozialdemokratie bekennt sich zwar auch zur Veränderung der Gesellschaft, aber mittels Reform, das heisst durch Evolution. Ein auf dem Boden der Wirklichkeit stehender Sozialdemokrat kann daher in der Sozialdemokratie nicht eine revolutionäre Kraft sehen, sondern eine der modernen Industriegesellschaft angemessene Reformpartei. Sozialdemokratie kann somit definiert werden als eine Kunst des Möglichen. Dies bedingt aber Toleranz gegenüber Andersdenkenden und ein Minimum an Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft.

In diesen gegensätzlichen Auffassungen liegen wohl die tieferen Ursachen für die von Bretscher beklagte Konfliktsituation. Geradezu selbstmörderisch wurde sie im Schosse der SPD München ausgetragen. Dort war noch 1960 *Hans-Jochen Vogel* im Alter von 34 Jahren mit 64 Prozent der Stimmen als jüngstes Stadtoberhaupt einer Millionenstadt gewählt worden. In seinem Werk «Die Amtskette» schildert der seinerzeitige populäre und erfolgreiche Oberbürgermeister (jetziger Justizminister in Bonn), wie die einst mächtige Sozialdemokratische Partei der Stadt München durch eine radikale Minderheit zusehends unterwandert und schliesslich gespalten wurde. Lassen wir den Verfasser selbst zu Wort kommen:

«Auf diesem Feld tummeln sich bereits Berufene und Unberufene in grosser Zahl. So etwa die anarchischen Geister, die fast ohne Widerstand den Furien der Frustration anheimfallen und das Unerhörte, das Zerstörende, ja das Chaos wollen, weil sie an der Bewältigung der realen Herausforderungen gescheitert sind. Dann die Propheten der Gewalt, die meinen, man müsse das ganze System sprengen, um auf den Trümmern das Paradies zu bauen. Und schliesslich die Fanatiker der reinen und absoluten Wahrheit, die alle Fehler der letzten 100 Jahre wiederholen wollen. Zu ihnen müssen auch diejenigen gerechnet werden, die alles auf den einen Grundwiderspruch zwischen kollektiver Produktion und individueller

Aneignung zurückführen und diesen angeblichen Grundwiderspruch durch die Sozialisierung aller Produktionsmittel beheben wollen. So modern und progressiv sie sich auch geben – in Wahrheit zählen sie zu den Gestrigen, ja zu den Konservativen, zu denen, die in das 19. Jahrhundert zurückkehren wollen.»

Die Folgen dieser jahrelangen internen sektiererischen Auseinandersetzungen sind allgemein bekannt. Nach dem Ergebnis der kürzlich stattgefundenen Kommunalwahlen in Bayern musste die SP ihre Machtstellung in München an die CSU abgeben, nachdem sie 30 Jahre lang ununterbrochen die Regierungsgewalt innehatte und weit über die Grenzen der Bundesrepublik ein Beispiel für eine moderne Stadtentwicklung zu geben vermochte. München sollte für uns alle als Mahnmal wirken, als Beispiel dafür, wohin der Weg führt, wenn Intoleranz, elitäres Denken und der Hang zu wirklichkeitsfremder Utopie die Szene beherrschen.

Freiheit und Gleichheit in allen Lebensbereichen

Tony Tschudi hat in einem ausführlichen, eine blosse Buchbesprechung sprengenden Beitrag zum Werk von *Fritz Vilmar* «Strategien der Demokratisierung» gewürdigt und propagiert. Die Idee der Demokratisierung in allen Lebensbereichen ist zwar nicht neu. Sie wurde vom früheren schwedischen Ministerpräsidenten *Erlander* sowie von *Willy Brandt* und Bundeskanzler *Kreisky* immer wieder als der Motor sozialdemokratischer Politik bezeichnet. Es ist nun das Verdienst von Vilmar, in seinem zweibändigen Werk den Versuch einer Konkretisisierung dieser Idee unternommen zu haben. Er geht davon aus, dass die Front «Arbeit kontra Kapital» einem überholten Dogma entspreche und daher ohne Aussicht auf Erfolg bleibe. An ihre Stelle müsste die «Viel-Front-Strategie» der Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen treten.

Gewiss gehört die Idee von der Verwirklichung demokratischer Grundsätze in allen Bereichen der Gesellschaft zum hauptsächlichen Programmpunkt sozialdemokratischer Politik. Es wäre indessen verfehlt, würde man verkennen, dass dieses Grundanliegen nur schrittweise und dosiert durchgesetzt werden kann. Auch hier ist sorgfältig zu prüfen, wo die Grenze der «Demokratisierung in allen Lebensbereichen» liegt; denn das idealste Prinzip kann leicht ins Gegenteil umschlagen.

Es fragt sich nämlich, ob es nicht einer naiven Fortschrittsideologie entspricht, wenn man die Möglichkeiten einer zu weit getriebenen Demokratisierung überschätzt und die Nachteile unberücksichtigt lässt. Jedenfalls fehlt es nicht an namhaften sozialdemokratischen Theoretikern, die in dieser Beziehung überzeugende Vorbehalte anbringen. Ich denke da zuerst an den führenden Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie *Norbert Leser,* Ordinarius für Politikwissenschaften an der Universität Salzburg. In einer hervorragenden Schrift unter dem Titel «Sozialismus jenseits des Marxismus» stellt er zunächst die Frage, ob eine moderne und

gut funktionierende Demokratie die Fiktion des politischen und politisierenden Menschen brauche und ob nicht eine allgemeine Politisierung zu einer Entscheidungsunfähigkeit führen würde. Dabei stellt er fest:

«Die linken Intellektuellen hielten ihre besondere Art, die Welt zu erleben und ihr ein Maximum an Gestaltungsfähigkeit abzugewinnen, für exemplarisch und begingen den Fehler, ihre individuelle Konstitution, die überdies durch einen historischen Nachholbedarf an politischer Aktion gesteigert und begünstigt war, für das Menschheitsbewusstsein schlechthin zu halten, das sich früher oder später allen Menschen mitteilen müsse.»

Es kommt ja nicht von ungefähr, dass der überwiegende Teil der Menschen ihr Hauptaugenmerk persönlichen Problemen zuwendet. Die Möglichkeiten der Gesellschaftspolitik, den Übeln menschlichen Lebens zu Leibe zu rücken, sind beschränkt. Es ist daher ein Irrtum zu glauben, es liessen sich alle Daseinsprobleme in politische umsetzen.

Zuzustimmen ist sodann in diesem Zusammenhang *Urs Engler*, der unter dem Titel «Keine eingleisige Demokratisierung»[3] zu Recht die Frage aufwirft, ob der Bürger eines demokratischen Staatswesens nicht auch das Recht beanspruchen dürfe, sich *nicht* um alle Probleme kümmern zu müssen. Ergänzend liesse sich hier nur noch anführen, was Norbert Leser zutreffend anführt: das nach Auffassung von Vollblutpolitikern ungenügende politische Engagement vieler Staatsbürger lässt sich nicht einfach als Ausdruck politischer Unreife werten, sondern könnte ebenso als Erfolg einer schon gelungenen Konsensbildung interpretiert werden.

Mit Recht verweist Norbert Leser sodann auf das Erfahrungsbeispiel der kommunistischen Länder. Obwohl dort die Aktivität in gesellschaftlichen Fragen und die Schulung politischer Bewusstseinsbildung im Bereich der staatlichen Tätigkeit absoluten Vorrang haben, lebt in jenen Ländern die grosse Masse in politischer Gleichgültigkeit. Man mag dem entgegenhalten, es gehe dies eben auf das Schuldkonto der betreffenden Führung, welche dem Einzelnen trotz Zusicherung in der Theorie praktisch keine Möglichkeit zur Mitgestaltung seines gesellschaftlichen Schicksals gewähre. Diese Begründung hört man gerade aus dem Mund jener, die einer möglichst radikalen Demokratisierung das Wort reden. Sie scheinen aber offensichtlich zu vergessen, dass jene kommunistischen Führer auch einmal unter der Fahne radikaler Demokratisierung marschierten: bis die Diktatur des – nach der Machtergreifung nicht mehr gefragten – Proletariats etabliert war.

Wer an einer wirklich lebensfähigen Demokratie interessiert ist, der kann daher nicht verkennen, dass ihr zwei Gefahren drohen: nicht nur die Erstarrung, sondern auch die permanente Erschütterung. Deshalb hat ja auch Urs Engler das Problem richtig erkannt, wenn er vor eingleisiger Demokratisierung warnt. Hüten wir uns deshalb davor, dass das Prinzip

---

[3] vgl. «Pro und Kontra» in diesem Heft

«Demokratisierung in allen Lebensbereichen» nicht ins Gegenteil umschlägt, indem uns dann anstelle von mehr Freiheit und Gleichheit die *Vergesellschaftung des Menschen* beschert würde.

Ein weiteres Gefahrenmoment hat Fritz Vilmar selbst angedeutet: Demokratisierung bietet angesichts der Apathie der Mehrheit radikalen Minderheiten Gelegenheit, sich in den der Demokratisierungsidee dienenden Organisationen zu etablieren und sie als Forum für ihr Wirken zu nützen. Man denke nur an die Bürgerinitiative. Gewiss ist zum Beispiel der weit überwiegende Teil der Atomkraftwerk-Gegner von der Überzeugung beseelt, nur das Gute zu wollen. Nicht übersehen lässt sich aber, dass diese Bewegung trotz ihrer humanen Zielsetzung nicht frei ist von einer radikalen Minderheit, die vor keinerlei Gewalt zurückschreckt. Es zeigt sich immer wieder aufs neue, dass diese Minderheit demokratische Verfahren und Regeln nur so lange bejaht, als sie zu den gewünschten Zielen führt. Bleibt der erhoffte Erfolg aus, erfährt man rasch genug, was vom Freiheits-, Emanzipations- und Demokratiegerede dieser Minderheit zu halten ist.

Das Unvermögen der Ideologen

Es gibt nun allerdings nicht wenige, die sich schwerlich mit dem Gedanken einer nur partiellen und schrittweisen Reform vertraut machen können. Ich denke da zunächst an jene Art von linksintellektueller Schikkeria, welche ihre Theorien geniesst im Bewusstsein, diese Ideen ohnehin nie in die Tat umsetzen zu müssen. In Abwandlung eines Wortes von Brecht könnte man sagen: Diese Leute propagieren das Unmögliche, damit sie der Mühe um die Verwirklichung des Möglichen enthoben sind.

Vor allem sind es die Ideologen, die der Politik des begrenzten Fortschritts verständnislos gegenüberstehen. Sie wollen gleich das ganze Heil. Jede Kompromisslösung ist ihnen suspekt. Sie können und wollen nicht einsehen, dass jeder politische Kompromiss für ein begrenztes Ziel noch keine Preisgabe des Zieles darstellt, sondern nichts anderes bedeutet als den Vollzug des möglichen Schrittes. Da sich für ihre Radikalkuren auch im entferntesten keine Volksmehrheit finden lässt, stellt sich rasch das Liebäugeln mit der revolutionären Ungeduld ein. Diese Haltung hindert sie daran, praktisch etwas zum sozialen Fortschritt beizutragen. Gewiss braucht es in unserer Gesellschaft Kritiker, welche die Verhältnisse unserer Gesellschaft immer wieder radikal in Frage stellen: aber diese Kritik kann immer nur als Impuls und nicht als fertiges Rezept für praktische Politik verstanden werden. Wer nur radikale und utopische Lösungen anstrebt, anstatt eine Politik des konkreten und begrenzten Fortschritts zu betreiben, verliert auch jeden Einfluss auf die Praxis.

So wandte sich schon vor Jahren Prof. *Urs Jaeggi* in seiner Schrift «Für und wider die revolutionäre Ungeduld» gegen eine Politik der kleinen Schritte. Mittlerweile wurde er offenbar auf Grund seiner an einer deut-

schen Universität gesammelten Erfahrungen etwas ernüchtert. Immerhin bezeichnet er soeben unter dem Titel «Warum bin ich Sozialdemokrat?»[4] die SPS wenigstens in der deutschen Schweiz «als nicht besonders fortschrittlich». Er begründet dies mit ihrer «mangelnden Radikalität» und ihren «ungenügenden sozialistischen Tagesforderungen». Wird aber die von Jaeggi der SP zugedachte Mission nicht bereits von den Progressiven Organisationen perfekt und getreulich erfüllt? Seit Jahr und Tag hält diese Partei mit ihren «sozialistischen Tagesforderungen» die arbeitende Bevölkerung in Atem: Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung des Rentenalters, Schaffung von Quartierpolikliniken usw. Und was ist der Erfolg dieser Urs Jaeggi so am Herzen liegenden Aktivität? Vor einigen Wochen erlitt die POCH in Zürich einen erheblichen Stimmenverlust, und ohne Listenverbindung wäre sie überhaupt nicht mehr im Ratssaal vertreten. Nach Urs Jaeggi müsste man sich eigentlich ein neues Volk suchen. Nun lebt aber in der so gerne als konservativ verketzerten schweizerischen Arbeiterschaft ein gesunder Instinkt für die Kunst des Möglichen wie auch für die Gefahr, die den Arbeitnehmern durch professorale Tabula-rasa-Programme erwachsen.

Zum Thema «Warum bin ich Sozialdemokrat?» äusserte sich aber auch der Filmschaffende *Alexander J. Seiler*. So sympathisch es wirkt, dass er sich von jeder Art von Diktatur distanziert, so unverständlich ist mir der Schluss seines Beitrages: «Umgekehrt muss man allerdings oft daran zweifeln (und manchmal verzweifeln), ob die Mehrheit in den sozialdemokratischen Parteien wirklich für die Mitbestimmung und Selbstverwaltung möglichst vieler und damit für einen demokratischen Sozialismus zu kämpfen gewillt sei.»

Auch hier zeigt sich das Unverständnis für den beschränkten, aber um so konkreteren Fortschritt, wie er von Urs Engler überzeugend aufgezeigt wird. Was da A. J. Seiler in Frage stellt, verrät nur seinen Hang zur radikalen und totalen Lösung, die schliesslich im Widerspruch stehen muss zu der auf die Kunst des Möglichen ausgerichteten Sozialdemokratie.

---

[4] «Volksrecht» vom 18./19. März 1978